

# Mehr Freiheit für Ärzte und Patienten



Melanie Huml, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

**Interview mit Melanie Huml, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.**

*Die Gesundheitspolitik wird auch in Zukunft – es stehen Bundestags- und Europaparlaments-Wahlen an – ein heißes Thema bleiben. Wie sehen Sie als Staatssekretärin und Ärztin die Entwicklung?*

Huml: Das nächste Jahr bringt einiges an Neuerungen, wie den Gesundheitsfonds, der am 1. Januar 2009 in Kraft tritt. Aus bayerischer Sicht haben wir den Fonds von Anfang an kritisch gesehen und im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir ihn kritisch begleiten werden. Wir werden genau darauf schauen, dass nicht mehr Mittel aus Bayern abfließen, als verhandelt und beschlossen wurde. Vor allem dürfen keine medizinischen Leistungen verringert werden, nur um den Beitrag stabil zu halten oder keinen Zusatzbeitrag erheben zu müssen.

*Am GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz kritisieren die Ärztinnen und Ärzte vor allem auch die Tendenz zur Einheitsversicherung. Sehen Sie diese kommen?*

Huml: Tatsächlich habe ich den Eindruck, dass „die Reformen der vergangenen Jahre“ ganz deutlich in Richtung Verstaatlichung gehen. Wir brauchen in den nächsten Jahren eine intensive Diskussion darüber, ob wir es zulassen, weiter den Weg in die Staatsmedizin zu gehen. Ich denke aber, dass es mehr Freiheit für Ärzte und Patienten braucht. Das kann nur mit einer bürgerlichen Gesundheitspolitik erreicht werden. Wir werden die politische Auseinandersetzung in diesem Punkt mit aller Deutlichkeit führen.

*Ärztinnen und Ärzte wehren sich kräftig gegen das Diktat der Ökonomie und gegen eine gewisse „Industrialisierung“ der Patientenversorgung; Sie auch?*

Huml: Es muss keinen Widerspruch zwischen Ökonomie und medizinischer Ethik geben. Mit notwendigem Einsatz einen maximalen medizinischen Erfolg zu erreichen dient sowohl dem Beitragszahler, als auch dem Patienten. Widerspruch entsteht nur dann, wenn die Ökonomie Selbstzweck wird: Allein aus ökonomischen und nicht aus medizinischen Gründen Leistungen zu erbringen ist genauso bedenklich, wie die medizinische Nichtleistung oder Schlechtleistung aus rein ökonomischen Gründen.

Soweit „Industrialisierung“ heißt, dass der Patient zur reinen Nummer wird, kann sie nicht akzeptiert werden. Freilich kann niemand daran vorbeigehen, dass manuelle Tätigkeiten durch Maschinen ersetzt und in vielen Fällen auch qualitativ optimiert werden können. Ich denke zum Beispiel an die Labormedizin oder die Substituierung ärztlicher Tätigkeit durch den Einsatz von Medikamenten oder neue Medizintechnologien. Wenn die Technisierung ärztlichen Handelns auf der internationalen Ebene fortschreitet, dann kann diese Entwicklung nicht aufgehalten werden und es wäre falsch, sich dagegen zu sträuben. Verstehen Sie mich nicht falsch: Trotz fortschreitender Technisierung muss aber auf jeden Fall der Patient als Mensch im Mittelpunkt stehen und genügend Zeit für ein beratendes Gespräch und für menschliche Zuwendung verbleiben.

*Die Kammern starten 2009 ein Projekt zur Evaluation der ärztlichen Weiterbildung um die Qualität der Weiterbildung weiter zu verbessern. Wie beurteilen Sie diese Initiative?*

Huml: Ich freue mich, dass die Kammern der Qualitätssicherung der ärztlichen Weiterbildung so große Aufmerksamkeit schenken. Die Bestandsaufnahme der Weiterbildungssituation in Deutschland ist hierbei ein wichtiger Schritt. Dabei ist der vorgesehene Vergleich der verschiedenen Weiterbildungseinrichtungen ein geeignetes Qualitätssicherungsinstrument. Nicht zuletzt gilt es, durch diese Maßnahmen auch zukünftig den Weiterbildungsstandort Deutschland attraktiv zu gestalten, um so junge Ärztinnen und Ärzte in Deutschland zu halten.

*Was wird Ihr Ministerium zur Förderung des ärztlichen Nachwuchses, wie es das Expertenforum 2008 beschlossen bzw. diskutiert hat, unternehmen?*

Huml: Beschlüsse wurden noch keine gefasst – wir werden dies aber spätestens Anfang des Jahres tun. Ein Anliegen der Bayerischen Landesärztekammer hat sich inzwischen sowieso durch Gesetz erledigt: Die Umgestaltung der Förderung zur Weiterbildung in der Allgemeinmedizin zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung. Ich erhoffe mir davon eine deutliche Verbesserung. Unterstützen wird unser Haus auch den vielfach geäußerten Wunsch nach mehr Lehrstühlen für Allgemeinmedizin. Wir werden ein entsprechendes Schreiben an den zuständigen Minister für Wissenschaft,

Forschung und Kunst richten. Zudem werden wir auch bitten zu prüfen, ob sich der Gedanke einer konditionierten Studienplatzvergabe im Fachbereich Medizin realisieren lassen wird.

*Ein wichtiges Thema ist die Zusammenarbeit mit den anderen Gesundheitsberufen. Delegation und Substitution lauten hier die Stichworte. Wie bewerten Sie die Diskussion?*

Huml: Die Übertragung von Kompetenzen zur Ausübung heilkundlicher Tätigkeiten auf Angehörige nicht-ärztlicher Heilhilfsberufe lehne ich ab. Ärztliche Leistungen müssen aus Gründen des Patientenschutzes in der Verantwortung des Arztes verbleiben. Daher befürworte ich zwar eine erweiterte Delegation von Leistungen, die die Ärzte entlasten. Eine Substitution durch Angehörige nicht-ärztlicher Assistenzberufe ist nach meiner Auffassung jedoch keine zielführende Lösung. In diesem Zusammenhang halte ich zum Beispiel die von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Bundesärztekammer kürzlich herausgegebenen Empfehlungen zur persönlichen Leistungserbringung durch den Arzt für sehr hilfreich.

*Die Debatte um Patientenverfügungen und Sterbegleitung hat in den vergangenen Wochen für eine gewisse Aufregung gesorgt. Eine gesetzliche Regelung von Patientenverfügungen in Deutschland wird immer wahrscheinlicher. Für welche Regelung stehen Sie?*

Huml: Für mich steht das Selbstbestimmungsrecht des Patienten im Vordergrund. Daher halte ich eine schriftliche Patientenverfügung für sehr wichtig. Hier kann jeder einzelne, für den Fall, dass er später einwilligungsunfähig wird, erklären, welchen medizinischen und begleitenden Maßnahmen er zustimmt, beziehungsweise welche er ablehnt.

Ich vertrete jedoch ganz klar die Auffassung, dass aktive Sterbehilfe unter Strafe stehen muss. Nur so kann das Leben als hochwertiges Gut ausreichend geschützt und der Missbrauch bekämpft werden. Im Bereich der Sterbegleitung sind Palliativ- und Hospizmedizin von immenser Bedeutung, um ein schmerzfreies und symptomlinderndes Lebensende zu ermöglichen.

*Lassen Sie uns das Präventionsthema Nichtraucherschutz ansprechen. Wie ist Ihre Position zum Rauchen?*

Huml: Selbstverständlich ist mir als Ärztin der Nichtraucherschutz und die Verringerung des Tabakkonsums ein besonderes Anliegen. Die Datenlage ist eindeutig: 100.000 Raucher sterben in Deutschland jährlich vorzeitig, mehr als 3.300 Todesfälle jährlich werden den Schäden durch Passivrauchen zugeordnet. Dort, wo Menschen zusammenkommen, weil sie eine Institution aufsuchen wollen oder müssen, dürfen Nichtraucher nicht durch den Tabakrauch gesundheitlich gefährdet werden. Deshalb bleibt es in öffentlichen Gebäuden, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Bildungseinrichtungen für Erwachsene, Einrichtungen des Gesundheitswesens, Heimen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Sportstätten sowie Verkehrsflughäfen beim geltenden strikten Rauchverbot. Wohingegen Nichtraucher in ihrer Freizeit ihren Aufenthalt bewusst auswählen können, ist ein zwingendes Rauchverbot nicht notwendig. Weil sich in den letzten Monaten gezeigt hat, dass der Nichtraucherschutz gerade in manchen Bereichen der Gastronomie schwer praktikabel ist, werden wir hier eine Novellierung vornehmen. Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat in diesem Zusammenhang klargestellt, dass der Gesetzgeber im Rahmen seines Einschätzungs-

Wertungs- und Gestaltungsspielraums über sachgerechte und folgerichtige Ausnahmegelungen entscheiden kann. Als Gesundheitsstaatssekretärin ist mir aber auch die Prävention besonders wichtig. Wir müssen es schaffen, dass immer weniger Kinder und Jugendliche mit dem Rauchen überhaupt beginnen. „Rauchfrei“ Leben ist daher ein wichtiges Ziel unserer Gesundheitsinitiative „Gesund.Leben.Bayern.“, die hierzu eine Reihe von Präventionsprojekten fördert.

*Ministerpräsident Horst Seehofer wollte das Kabinett weiblicher und jünger gestalten. Auf Sie treffen beide Eigenschaften zu. Fühlen Sie sich als Quotenerfüllerin?*

Huml: Nein.

*Welche weiteren Themen sind Ihnen persönlich ganz besonders wichtig?*

Huml: Zentrales Thema ist für mich die medizinische Versorgung in ganz Bayern – sowohl in der Stadt, als auch in den ländlichen Regionen – durch Krankenhäuser und niedergelassene Haus- und Fachärzte. Immer mehr junge Frauen studieren heute Medizin, deshalb wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in dieser Berufssparte immer wichtiger. Als Ärztin will ich mich dieser Thematik besonders annehmen. Dies gilt auch für Ausbildungsfragen beim ärztlichen Nachwuchs und für Vergütungsprobleme. Ich habe im Krankenhaus gearbeitet und kenne die Sorgen und Nöte der Mitarbeiter.

*Danke für das Gespräch.*

*Die Fragen stellte  
Dagmar Nedbal (BLÄK).*

Anzeige

## Akupunkturausbildung der Forschungsgruppe

Klinische Wirksamkeit und prägnante Wissenschaft sind die Säulen unserer Akupunktur und haben in unseren Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen oberste Priorität. Unser Seminarangebot reicht von der Zusatzbezeichnung Akupunktur über die Kassenakupunktur bis hin zur Vollausbildung.

### Ihr Ziel: die Zusatzbezeichnung

Die Ausbildung zur Zusatzbezeichnung umfasst 5 theoretische Blockseminare Modul A bis Modul E und schließt mit 5 Seminaren „KLINISCHE AKUPUNKTUR“ ab (gemäß der Weiterbildungsordnung der Bundesärztekammer).

### Unser Seminarangebot in Grafing

Blockseminare für die Zusatzbezeichnung Akupunktur:  
**Modul A + B:** 08.03.–13.03.09  
**Modul C + D:** 13.03.–18.03.09  
**Modul E:** 18.03.–20.03.09  
**Orthopädie 1:** 20.03.–22.03.09  
**Akupunktur Sportmedizin:** 20.03.–22.03.09

Weitere Info und Termine: [www.akupunktur.info](http://www.akupunktur.info)  
und durch unsere **Seminarorganisation Gisela Kraus**  
Postfach 1332 · 85562 Grafing  
Telefon: 0 80 92 / 8 47 34 · Fax: 0 80 92 / 8 47 39  
[gisela.kraus@facm.de](mailto:gisela.kraus@facm.de)



**Forschungsgruppe Akupunktur**